

## Rede im Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort!*



06. November 2014

### **Christina Schulze Föcking MdL,**

stv. Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

### **Rede zum Antrag „Abstand nehmen von der Gebührenfinanzierung der Regelkontrollen in der Lebensmittelüberwachung“, Drs. 16/7167**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lebensmittelsicherheit, keine Frage, ist ein ganz wichtiges Thema.

Die Menschen haben Anspruch darauf, dass wir alles dafür tun, damit ein hohes Sicherheitsniveau garantiert ist.

Wie das aber erreicht werden soll, wie das bisherige System zu bewerten und fortzuentwickeln ist, darin unterscheiden wir uns, Frau Blask.

Wir als CDU bekennen uns zu dem bestehenden System der Lebensmittelkontrolle.

Das Zusammenspiel aller Beteiligten, der Lebensmittelwirtschaft und der dezentral aufgestellten Behörden hat sich bewährt.

Die Lebensmittelwirtschaft hat die Qualität der Eigenkontrollen auf eine noch nie dagewesene Stufe gehoben. Das Netz der Kontrollen direkt am Ort der Erzeugung ist denkbar hoch.

Und die Kontrollen der Behörden greifen.

Kollege Bombis hat eingangs schon den wirtschaftlichen Part hervorgehoben und Herr Duin, lassen Sie mich noch einen wichtigen Part ergänzen.

Denn Minister Remmel hat nämlich versucht, mit einer Statistik nachzuweisen, dass die Behörden ihrer Kontrolltätigkeit nur schleppend nachkommen.

Aber das ging, wie man so schön sagt definitiv nach hinten los!

Das Echo aus den Kreisen war verheerend für ihn.

Ich war in meiner Heimatregion vor Ort beim Kreis und habe mich durch den Landrat und das Veterinäramt umfassend informieren lassen.

Alle Zahlen wurden offengelegt. Und diese schweren Vorwürfe, waren überhaupt nicht nachvollziehbar.

Dr. Zentara vom Landkreistag hat zu Recht die Debatte nach der Anhörung zum Antrag „Effektive Lebensmittelkontrolle“ am 25. November letzten Jahres so zusammengefasst:

“Wir haben hier nicht gehört, dass es wirklich evidente, gravierende Schwierigkeiten im Sinne von Verbrauchergefährdungen oder Gesundheitsgefährdungen gibt“.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Wenn wir also die Lebensmittelkontrolle in NRW noch weiter ausbauen und verbessern wollen, dann ist man gut beraten, das gemeinsam anzugehen und die Kräfte aller zu bündeln.

Und vor allem ist man gut beraten, dies zielgenau, durchdacht und effektiv zu machen.

Bei der Politik der Landesregierung aber, habe ich da große Zweifel, sehr große sogar.

Warum nutzt man nicht das am Ort vorhandene know-how der Behörden, sondern setzt auf Instanzen, die weit entfernt sind?

Die Mitarbeiter der 51 Lebensmittelüberwachungsämter im Land sind fachlich gut ausgebildet, sie kennen die Begebenheiten vor Ort und arbeiten gewissenhaft.

Bevor anderen die Fähigkeit abgesprochen wird, sprechen wir doch einmal über das Rammel-Ministerium:

Warum dauert die Umsetzung des „Integrierten Datenverarbeitungssystems Verbraucherschutz“ (IDV) so lange?

Warum zieht sich die Umsetzung endlos über mehrere Jahre?

Der Kreis Gütersloh beispielsweise, hätte dieses System gerne. Besser heute als morgen.

Stattdessen, lässt man die Verantwortlichen alleine.

Und die Lebensmittelkontrolle dort muss sich mit einer Eigenlösung behelfen.

Ich mache nicht Ihren Mitarbeitern einen Vorwurf - sondern ganz im Gegenteil!

Die tun was Sie können.

IDV ist das ganz persönliche Problem von Minister Rammel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

SPD und Grüne haben genau diese zentrale Erfassung im Februar hier noch einmal mit Nachdruck gefordert und beschlossen.

Und wenn es Ihnen um die Sache geht, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, müssten Sie die Umsetzung auch einfordern.

Wenn Sie die Finanzsituation der Kommunen verbessern wollen – dann sind wir ganz bei Ihnen.

Wenn Ihnen aber keine andere Lösung einfällt, als jetzt auch noch die Gebühren für die Lebensmittelkontrolle verpflichtend einzuführen, dann ist das unseriös.

Für uns als CDU-Landtagsfraktion ist klar:

Die Kontrolle der Lebensmittel gehört zur Daseinsvorsorge.

Aber wie soll Akzeptanz wachsen, wenn alle Betriebe für Kontrollen zahlen müssen, auch wenn nur wenige Betriebe auffallen?

Ich greife das Beispiel mit der Verkehrskontrolle des Kollegen Bombis noch einmal auf und gehe noch einen Schritt weiter.

Wie würden Sie reagieren, wenn sie plötzlich für die von Innenminister Jäger so leidenschaftlich durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen zahlen müssten?

Und zwar auch dann, wenn ihr Auto in der Garage steht.

Jeder Anschein, dass Lebensmittelkontrollen nur als Vorwand dienen, um die kommunale Finanzsituation aufzubessern, muss vermieden werden.

Und ich kann Ihnen daher schon jetzt sagen:

Wir lehnen die verpflichtende kostendeckende Gebührenfinanzierung bei Regelkontrollen ebenfalls ab und freuen uns auf die Beratungen im Ausschuss.

**ES GILT DAS GESPROCHENE WORT**